

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	<b>15</b>
<i>1. Kapitel</i>	
<b>Der Begriff des Persönlichkeitsprofils</b>	<b>19</b>
A. Bisherige Erkenntnisse über das Persönlichkeitsprofil . . . . .	19
I. Übersicht über die Rechtsprechung . . . . .	20
II. Erkenntnisse der Persönlichkeitspsychologie . . . . .	22
B. Eine Definition des Persönlichkeitsprofils . . . . .	23
<i>2. Kapitel</i>	
<b>Entwicklung eines Rechtsmaßstabs für die Gefahr der Bildung von Persönlichkeitsprofilen</b>	<b>25</b>
A. Der Schutz des Kernbereichs der privaten Lebensgestaltung als verfas- sungsrechtlicher Maßstab . . . . .	25
I. Die Gefahr der Bildung von Persönlichkeitsprofilen als Teil des Kern- bereichs privater Lebensgestaltung . . . . .	26
1. Einordnung der Rechtsprechung . . . . .	26
2. Gesamtschau der Daten . . . . .	27
3. Persönlichkeitsprofilbildung als Ergebnis einer Rundumüberwachung . . . . .	30
4. Abgrenzung zum Verhältnismäßigkeitsgrundsatz . . . . .	33
5. Zwischenergebnis . . . . .	33
II. Entwicklung des Kernbereichs privater Lebensgestaltung in der Recht- sprechung . . . . .	34
1. Das Elfes-Urteil . . . . .	34
2. Die (zweite) Tagebuch-Entscheidung . . . . .	34
3. Verfassungsbeschwerde zur Wohnraumüberwachung . . . . .	38
4. Urteil zum IT-Grundrecht . . . . .	42
5. Urteil zum BKAG . . . . .	44
III. Analyse der Rechtsprechung im Hinblick auf die Gefahr der Bildung von Persönlichkeitsprofilen . . . . .	46
IV. Weitreichender Maßstab über Art. 1 Abs. 1 GG als das zweistufige Schutzkonzept des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	47
V. Gefahrenbegriff . . . . .	49

B. Unionsrechtlicher Maßstab .....	50
I. Möglichkeiten zur Einbeziehung des Unionsrechts .....	51
II. Verstoß gegen Unionsrecht: Die Gefahr der Bildung von Persönlichkeitsprofilen bei der Online-Durchsuchung .....	53
1. Art. 8, 7 Grundrechte Charta .....	54
2. Richtlinie (EU) 2016/680 [DSRL-II] .....	57
a) Verstoß gegen allgemeine Verarbeitungsgrundsätze .....	58
b) Verstoß gegen das Verbot des Profilings .....	60
3. E-privacy Richtlinie 2002/58 .....	61
III. Gleichrangiges Schutzniveau von grundgesetzlichen Grundrechten und der Grundrechtecharta .....	62

### 3. Kapitel

## **Die Online-Durchsuchung** 66

A. Historische Entwicklung .....	67
I. Erste Überlegungen auf Bundesebene .....	67
1. Online-Durchsuchung auf einer Mailbox .....	67
2. Erste Erwähnung einer Online-Durchsuchung .....	69
3. Online-Durchsuchung als klassische Durchsuchung? .....	70
4. Kehrtwende am Bundesgerichtshof .....	71
5. Das „Programm zur Stärkung der Inneren Sicherheit“ .....	72
6. Zusammenfassung .....	73
II. Entwicklung in der Literatur .....	74
1. Besteht eine Ermächtigungsgrundlage für die Online-Durchsuchung? .....	74
2. Online-Durchsuchung als Eingriff in Art. 13 GG? .....	75
3. Zusammenfassung .....	76
III. Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen .....	77
1. Gesetzgebungsverfahren .....	78
a) Kontroversen um den Gesetzesentwurf .....	78
b) Unklarheiten bei der Begriffsbestimmung .....	80
2. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts .....	81
a) Der „Zugriff auf informationstechnische Systeme“ .....	82
b) Das IT-Grundrecht .....	84
c) Kritik in der Literatur .....	87
d) Zwischenresümee zur ersten Normierung der Online-Durchsuchung .....	88
IV. Bundeskriminalamtsgesetz .....	89
1. Erstes Gesetzgebungsverfahren .....	90
2. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts .....	93
3. Das neue BKAG .....	96
V. Einführung der Online-Durchsuchung in die Strafprozessordnung .....	99

1. Gesetzgebungsverfahren.....	99
a) Anhörung der Sachverständigen .....	100
b) Inkrafttreten der Maßnahme .....	102
2. Verfassungsbeschwerden .....	103
VI. Zwischenresümee .....	104
B. Rechtsrahmen der Online-Durchsuchung .....	106
I. Ermächtigungsgrundlage.....	107
1. Das informationstechnische System .....	107
a) Der Ursprung des Begriffs des IT-Systems .....	108
b) Der Begriff des IT-Systems des Bundesverfassungsgerichts.....	109
c) Der strafprozessuale Begriff des IT-Systems.....	109
2. Daten .....	112
a) Arten der zu gewinnenden Daten.....	112
aa) Daten als Äquivalent zur „klassischen“ Durchsuchung.....	112
bb) Profiling-Daten .....	113
b) Datengewinnung mittels Peripheriegeräten .....	116
aa) Aktivierung der Peripheriegeräte durch die Ermittlungsbe-	
hörden .....	116
bb) Die passive Kenntnisnahme durch Peripheriegeräte .....	117
cc) Aktivierung des Peripheriegeräts durch das Gerät selbst....	119
c) Daten aus spezielleren Ermittlungsmaßnahmen .....	119
aa) Quellen-TKÜ.....	120
bb) Wohnraumüberwachung .....	121
(1) Optische Wohnraumüberwachung.....	121
(a) Möglichkeit des Eingriffs in Art. 13 GG .....	122
(b) Eingriff durch Kenntnisnahme von Videotelefonie .....	124
(c) Eingriff durch die Erhebung von gespeicherten	
Videos .....	124
(aa) Videoaufnahmen während des Anordnungs-	
zeitraums .....	125
(bb) Gespeicherte Videos.....	125
(d) Zusammenfassung.....	126
(2) Akustische Wohnraumüberwachung .....	126
(a) Das Verhältnis zwischen akustischer Wohnraum-	
überwachung und Online-Durchsuchung .....	127
(b) Notwendigkeit der Anordnung einer akustischen	
Wohnraumüberwachung bei passiver Kenntnisnah-	
me der Mikrofone? .....	127
(c) Verletzung des Zitiergebots .....	129
cc) Beschlagnahme des IT-Geräts .....	131
dd) Weitere Ermittlungsmaßnahmen .....	134
d) Zwischenergebnis .....	135
3. Verdachtsgrad .....	135

4. Katalogtat .....	137
a) Die Funktionsfähigkeit der Strafrechtspflege als Rechtsgut von Verfassungsrang .....	139
b) Besondere Schwere der Straftat .....	141
aa) Überragend wichtige Rechtsgüter im Strafprozessrecht ....	142
(1) Betreiben krimineller Handelsplattformen .....	142
(2) Bildung einer kriminellen Vereinigung .....	143
(3) Geld- und Wertzeichenfälschung .....	144
(4) Verbreitung, Erwerb und Besitz von kinderpornografi- schen Inhalten .....	144
(5) Bandendiebstahl und schwerer Bandendiebstahl .....	145
(6) Raub und räuberische Erpressung .....	145
(7) Gewerbsmäßige Hehlerei, Bandenhehlerei und gewerbs- mäßige Bandenhehlerei .....	146
(8) Besonders schwerer Fall der Geldwäsche, Verschlei- rung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte .....	147
(9) Computerbetrug .....	147
(10) Besonders schwerer Fall der Bestechlichkeit .....	148
(11) Straftatbestände aus dem Asyl- und Aufenthaltsgesetz	148
(12) Straftatbestände aus dem Betäubungsmittelgesetz .....	149
(13) Straftatbestände aus dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen .....	149
(14) Straftatbestände aus dem Waffengesetz .....	150
bb) Weitere Straftaten .....	150
c) Zwischenergebnis .....	150
5. Schwere der Tat auch im Einzelfall .....	153
6. Subsidiaritätsklausel .....	154
a) Das Verhältnis zur akustischen Wohnraumüberwachung .....	155
b) Verfassungskonforme Auslegung der Subsidiaritätsklausel .....	156
c) Zwischenergebnis .....	157
7. Verhältnismäßigkeit .....	158
II. § 100b Abs. 3 StPO – Betroffene*r einer Maßnahme .....	158
III. § 100b Abs. 4 i. V.m. § 100a Abs. 5, 6 StPO – technische Anforderungen	159
1. Das Tatbestandsmerkmal der technischen Umsetzbarkeit .....	160
2. Schutz gegen unbefugte Dritte .....	161
3. Schutz der kopierten Daten .....	161
4. Zwischenfazit .....	162
IV. § 100e StPO – Verfahren im Vergleich zur akustischen Wohnraumüber- wachung .....	162
V. Weitere Verfahrensregelungen .....	163
C. Zwischenergebnis .....	164

*4. Kapitel*

<b>Kernbereichsschutz bei der Online-Durchsuchung de lege lata</b>	<b>167</b>
A. Erhebungsebene	169
I. § 100d Abs. 1 StPO – Erhebungsebene: keine Erhebung von allein kernbereichsrelevanten Daten	169
II. § 100d Abs. 3 S. 1 StPO – Vermeidung der Erhebung von kernbereichsrelevanten Daten	170
1. Durch Live-Überwachung	170
2. Durch die Verwendung von Suchbegriffen	171
3. Durch Verbot der Nutzung von Peripheriegeräten	172
III. Zwischenergebnis	172
B. Verwertungsebene	174
I. § 100d Abs. 2 StPO – Verfahrensvorschriften	174
II. § 100d Abs. 2 S. 1 StPO – Absolutes Verwertungsverbot	174
III. § 100d Abs. 3 S. 2, 3 StPO – Entscheidung durch eine unabhängige Stelle	175
1. Bindungswirkung und Gewaltenteilung	175
2. Umfang der Bindungswirkung	177
C. Zwischenresümee	177

*5. Kapitel*

<b>Fazit: Unzureichende Regelungen zur Begrenzung der Datenmenge</b>	<b>179</b>
A. Additiver Grundrechtseingriff	180
B. Ebene des Kernbereichsschutzes	182
I. Verfassungs- und unionsrechtskonforme Auslegung des § 100d Abs. 1 StPO	183
II. § 47 Nr. 3 BDSG	186
III. Unterbrechung der Maßnahme	186
IV. Exkurs: Verwendung intelligenter Systeme in der Zukunft? Ergebnis und Ausblick	187
V. Die Rolle des § 100e Abs. 3 S. 2 Nrn. 3, 4 StPO	188
VI. Erweiterung der Vorschriften	189
1. Ergänzung des § 100d Abs. 1 StPO	190
2. Normierung der Unterbrechung der Maßnahme	190
<b>Ergebnis und Ausblick</b>	<b>192</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>194</b>
<b>Stichwortverzeichnis</b>	<b>201</b>